

Gärtner-Zeitung

Gewerkschaftliche Zeitschrift des Allgem. Deutschen Gärtner-Vereins
(Sitz Berlin) und des Verbandes der Gärtner Österreichs (Sitz Wien)

Erscheint jeden Sonnabend.

Für Mitglieder oben genannter Verbände jede zweite Nummer mit der illustrierten Beilage „Gärtnerei-Fachblatt“. Mitglieder dieser Verbände erhalten beide Fachzeitschriften unentgeltlich.
** Annahmeschluss für dringende Berichte: Dienstag früh **

Schriftleitung und Versand:

Berlin S 42, Luisenufer 1
Fernruf: Moritzplatz 3725

Bezugs-Bedingungen:

Vierteljährl. ohne „Gärtnerei-Fachblatt“ durch die Post 3.- Mk. unter Streifband 3,50 Mk. — Sonderbezug des „Gärtnerei-Fachblatts“ vierteljährl. durch die Post 1.- Mk. unter Streifband 1,30 Mk. — Geschäftl. Anzeigen nur im „Gärtnerei-Fachblatt“

Beiträge zur Geschichte der Gärtnerbewegung.

(Ein Aufruf!)

Wir wurden innerhalb eines ganz kurzen Zeitraumes nicht weniger als dreimal dazu genötigt, geschichtliche Rückblicke auf die Entwicklung unserer gewerkschaftlichen Berufsorganisation zu bringen. Das erste Mal im Oktober vorigen Jahres: Zur Erinnerung an die Urabstimmung 1903, die mit Zweidrittelmehrheit die Angliederung des A. D. G. V. an die freien Gewerkschaften beschloß. Dann in der ersten Januar-Nummer des laufenden Jahres: Zur Erinnerung an das Erscheinen der ersten Nummer der Gärtner-Gehülfen-Zeitung Anfang Januar 1889. Und zum dritten Male in der vorigen Nummer: Zur Erinnerung an den ersten „Gärtner-Gehülfen-Kongreß“ und die Gründung des Zentralvereins der Gärtner vor 25 Jahren. Auch in der heutigen Nummer folgen noch ein paar kurze Rückblicke.

Aber eine in Buchform zusammengefaßte vollständige Geschichte der Gärtnerbewegung fehlt uns noch immer. Das, was bisher die Rückblicke darstellen, sind wesentlich Gelegenheitsaufsätze, die zwar wichtige Schlaglichter auf den Gang der Entwicklung werfen und die schließlich auch ein gewisses Bild der Entwicklung geben, die aber doch auch recht viele Lücken offen lassen. Es war nun geplant, schon jetzt — zur Erinnerungsfeier an die Gründung des Zentralvereins vor 25 Jahren — eine Geschichte der Gärtnerbewegung in Buchform erscheinen zu lassen. Der erste Teil dieser Arbeit, der mit der Auflösung des alten Deutschen Gärtnerverbandes (August 1890) schließt, konnte schon in einigen gedruckten Exemplaren den Abgeordneten der zehnten Gen.-Vers. des A. D. G. V. (Sept. 1912) behändigt werden, und in dem Geschäftsbericht an die eben erwähnte Gen.-Vers. können die Kollegen einen besonderen Bericht „Pläne und Vorbereitungen für eine Geschichte der Gärtnerbewegung“ nachlesen. Wir hofften damals, der andere Teil würde ohne Verzögerung in Bearbeitung genommen und so gefördert werden können, daß das Buch, wie schon bemerkt, spätestens im Juni 1914 erscheinen könnte. Und nun müssen wir erklären, daß seit zwei Jahren daran überhaupt nicht mehr gearbeitet worden ist, weil dazu keine Zeit erübrigt werden konnte. Garnichts konnte seither mehr gefördert werden. Nicht einmal ein Ordnen und Sichten der im Archiv vorhandenen Materialien ist möglich gewesen. Nur soviel wissen wir, daß die aufgesammelten Materialien noch nicht voll zureichend sind, bei diesen noch mancherlei fehlt, um die Lücken zu schließen.

Die Zeit eilt dahin. Derer, „die einst dabei waren“, werden immer weniger. Und mit jedem der „Alten“ kann uns ein wichtiges Stück Geschichte verloren gehen. Denn vieles, was wert ist, der Nachwelt vermittelt zu werden, ist heute nur noch erlangbar durch die Mitarbeit dieser

wenigen Alten. So mancherlei erschienene, für die Geschichte wertvolle Drucksachen fehlen unserm Archiv noch; manche davon könnte dieser und jener noch aus seinem Eigenbesitz ergänzen. Und wenn uns die einzelnen hierfür in Frage kommenden Kollegen sowie die, die inzwischen etwa den Beruf gewechselt haben, jetzt damit unterstützen möchten, daß sie uns Mitteilungen über Vorgänge und Erlebnisse machen, die sich noch in ihrer Erinnerung festgehalten haben, dann würden sie sich damit nicht bloß den Dank der heutigen Leser unserer Zeitung erwerben, sondern sie würden auch der Geschichtsforschung über die Gärtnerbewegung einen lobenswerten Dienst erweisen. Wir erklären uns bereit, ihre Mitteilungen ohne weiteres durch unsere Zeitung weiterzugeben. Der Geschichtsschreiber kann dann später davon das herausholen und seinem Material einverleiben, was geschichtlich von Belang, was wert ist, in dem noch ausstehenden Buche mit verarbeitet zu werden.

Alle Kollegen, die es angeht, seien also hiermit aufgefordert und herzlich gebeten, in vorgenanntem Sinne uns zu unterstützen. Und wer jemand von solchen Kollegen kennt, die „einst dabei waren“, denen unsere Zeitung heute aber nicht mehr in die Hände kommt, den bitten wir, uns die Adresse solcher Kollegen mitzuteilen, damit wir uns mit diesen in Verbindung setzen können.

Für die hier in Aussicht genommenen Veröffentlichungen kommt der Zeitraum von 1885 bis 1903 in Betracht. Was davor und danach liegt, kann vorerst ausscheiden.

Tue jeder, was in seinen Kräften steht. Alle, auch die kleinsten Mitteilungen sind uns willkommen, und werden mit herzlichem Dank entgegen genommen.

Die Schriftleitung
der Allgemeinen Deutschen Gärtner-Zeitung.

Gewerkschaftliches aus den Jahren 1865, 1871—73.

Von eigentlich gewerkschaftlichen Regungen und Bestrebungen in der Gärtnerei weiß man gemeinhin erst aus der Zeit zu berichten, da die „Hebungsvereine“ entstanden sind, also etwa seit 1887. Bis dahin hatte fast ausschließlich der 1873 gegründete Deutsche Gärtnerverband das Denken und Streben der Gärtnergehülfen geleitet. Und der Geist und die Ziele dieses Verbandes waren durchaus ungewerkschaftlich, ja gewerkschaftsfeindlich.

Und doch hat uns die Geschichte einige Nachweise von gewerkschaftlichen Bestrebungen auch schon aus älterer Zeit überliefert, nicht allzuviel, aber doch soviel und so charakteristisches, daß man daran nicht vorübergehen darf, ohne sich diese Erscheinungen etwas näher anzusehen. Eine erste gewerkschaftliche Bewegung, die sofort einen streikartigen Charakter annahm, hat

Hamburg im Jahre 1865 zu verzeichnen, und diese Bewegung entwickelte sich im Schoße des 1860 gegründeten dortigen Fachbildungsvereins Horticultur. Die allgemeine Umgestaltung der wirtschaftlich-sozialen Verhältnisse hatte im Jahre 1865 in Hamburg zahlreiche Erwerbsgruppen zu Arbeitskämpfen angeregt, die sich mehrfach in Streiks äußerten und den kämpfenden Lohnerhöhungen bis zu 25 Prozent brachten. Diese Bewegungen waren es, die auch die Gärtner angeregt haben. Die Löhne der Hamburger Gärtnergehilfen betragen damals bei Kost und Logis die Woche 2 bis 3 Mark, bessere Kräfte erhielten 4 bis 5 Mark; ohne Kost und Logis 7, 8 und 9 Mark wöchentlich. Die Arbeitszeit währte von 5 Uhr morgens bis zum Dunkelwerden. Der Verein Horticultur wandte sich an die Prinzipalität mit der Forderung, den Mindestlohn auf 6 Mk. mit Kost und Logis und auf 12 Mk. ohne dieses zu erhöhen. Der anständige, kleinere Teil der Prinzipale bewilligte auch, der andere, größere Teil aber wollte ob der Anmaßung aus der Haut fahren und drohte den Unterzeichnern des Zirkulars Maßregelungen an. Zu einem Streik kam es bei dieser Bewegung nicht, und in der Folge wurde alles wieder ganz ruhig. Bei Gelegenheit eines Berichts an die Deutsche Gärtnerverbandszeitung über den Streik im Jahre 1890 spricht der Hamburger Berichterstatter dieser Zeitung noch von einem Ausstande der Gärtnergehilfen im Jahre 1873. Weiteres ist davon aber nicht bekannt. Obschon die allgemeinen Umstände für die Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit einer solchen zweiten Streikbewegung in Hamburg sprechen, ist doch auch nicht ausgeschlossen, daß jener Berichterstatter mit seiner Angabe im Irrtum ist. Für die Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit sprechen u. a. allgemeinen Vorgängen in der Arbeiterbewegung die besonderen Vorgänge in Berlin.

In Berlin setzte im Winter 1870/71 eine Bewegung ein, die 1873 soweit gedieh, daß folgende Forderungen aufgestellt und den Prinzipalen unterbreitet werden konnten: „1. Wir wünschen eine Lohnerhöhung und zwar derart, daß der Mann täglich 1 Taler 10 Silbergroschen oder bei freier Station monatlich 10 Thaler als Minimum erhält. — 2. Wir wünschen eine Verkürzung der Arbeitszeit bis auf zwölf Stunden täglich. — 3. Wir verlangen von den Prinzipalen eine größere Respektierung des Gehilfenstandes, so daß z. B. die Gehilfen nicht mehr mit dem Vornamen, sondern mit dem Vaternamen genannt zu werden wünschen.“ Durch verschiedene öffentliche Versammlungen war für die Forderungen Propaganda gemacht, und eine große öffentliche Versammlung im Monat April 1873 beschloß dann einen — „Generalstreik der Berliner Gärtnergehilfen“. Kaum erklärt, war dieser aber auch schon wieder zuende. Die Hauptstreikführer, die „drei bösen S“, wie sie genannt wurden, da der Name aller drei mit S anfang, wurden ohne vieles Federlesen sofort von der Polizei verhaftet und in Gewahrsam gesteckt. Das aber schüchtern die anderen, fast alles Gehilfen jüngerer Altersklassen, gleich so ein, daß dadurch die Niederlage entschieden wurde.

Es ist nachdem von den Mutigeren versucht worden, die Sache planmäßiger zu betreiben und erst mal eine geordnete Organisation zu schaffen; bei diesen Versuchen scheint es aber geblieben zu sein. Eine gewerkschaftlich organisationsfähige Masse war vorläufig nicht mehr zusammenzubringen.

Und nun ist alles gewerkschaftliche Leben und Streben auf lange Jahre hin tot. Es bricht ein Zeitalter an, das als die Hochblüte der sogenannten Fachbildungsvereine bezeichnet werden kann.

Das Hochblüte-Zeitalter der Fachbildungsvereine.

Wir können die Zeit bis um die Mitte der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts schlechthin das Zeitalter der Fachbildungsvereine nennen. Was sich im gärtnerischen Vereinsleben — soweit dabei hauptsächlich Gehilfen und Privatgärtner, also gelehrte Arbeitnehmer, in Frage kommen — außerhalb des Rahmens einer Pflege der Fachbildung, verbunden mit kameradschaftlicher Geselligkeit, in dieser Zeit ereignet hat, das waren Ausnahmereignungen.

Ihre Hochblüte feierten die Fachbildungsvereine in jener Zeit, da Ludwig Möller an der Spitze des Deutschen Gärtnerverbandes stand.

Der Deutsche Gärtnerverband war von dem Baumgärtner Paul Gräbner und zwar im gewollten und ausgesprochenen Gegensatz zu jenen Bestrebungen ins Leben gerufen worden, die 1865 in Hamburg, 1873 in Berlin sich zu Ausstandsbewegungen verdichtet hatten. Gräbner gründete zunächst ein „Deutsches Gärtner-Vereins-Blatt“, dessen erste Nummer vom 1. Januar 1872 datiert. Das Blatt sollte das Organ sämtlicher Gärtnervereine Deutschlands werden, deren Zweck die Fachbildungspflege war. Zum 5. Januar 1873 hatte Gräbner nach Erfurt eine Konferenz dieser Vereine berufen, um sie zu einem Verbandsverbande zu vereinigen. Dem Rufe waren allerdings nur vier Vereine gefolgt; deren Ver-

treter beschlossen aber trotzdem die Gründung eines „Verbandes Deutscher Gärtner-Vereine“, denn sie waren von der Hoffnung beseelt, daß, wenn erst einmal solch Sammelpunkt geschaffen, die anderen Vereine sich auch anschließen würden. Die ersten Jahre brachten aber herbe Enttäuschungen. Gräbners eifrigen und uneigennütigen Bemühungen gelang es, im Höchststande 17 Vereine mit rund 500 Mitgliedern zusammenzubringen; das war zu Anfang des Jahres 1875. Aber das geschah nicht in einem dauernden Zuwachs und festem Zusammenhalten. Einige kamen hinzu, andere fielen wieder ab. Auf der vierten Verbandsversammlung, im August 1876, zählte der Verband nur noch 9 Vereine mit 274 Mitgliedern. Gräbner war verdächtigt worden, er suche mit seinem Gärtner-Vereins-Blatt eigennützligen Zwecken zu dienen, und dieses Mißtrauen nahm ihm sogar die Leitung des Verbandes aus der Hand. Die Verbandsversammlung wählte nun den Privatgärtner Ludwig Möller in Barmen zum Verbandspräsidenten und beließ Gräbner nur noch die Redaktion des „Gärtner-Vereins-Blattes“, weil dieses Blatt sein Eigentum.

Schon längere Zeit körperlich leidend, verstarb Paul Gräbner am 28. Februar 1877. Und nun ergreift Ludwig Möller ganz die Zügel, er reorganisiert zunächst den ganzen Verband und erweitert — selbstverständlich mit Zustimmung der anderen Vorstandsmitglieder — seinen Organisationsbereich und Aufgabenkreis. Nunmehr tritt eine Blütezeit des Verbandes ein. Am Jahreschlusse 1879 sind schon über 900 Mitglieder vorhanden, und die Zahl wächst dann weiter 1880: 1712, 1881: 2397, 1882: 3033, 1883: 47 Vereine mit 3416 Mitgliedern, 1884: 56 Vereine mit 4298 Mitgliedern. Die Auflage der Verbandszeitung, die Möller auf eine inhaltliche Höhe bringt, daß sie an der Spitze aller beruflichen Fachblätter steht, beträgt im Herbst 1885 nicht weniger als 6100 Exemplare die einzelne Nummer.

Gräbner hatte sich bemüht, einen möglichst reinen Gehilfenverband, natürlich mit Einschluß der Privatgärtner, zu schaffen. Das war ein Vorhaben, das damals nicht den Verhältnissen entsprach, und das auch übrigens nicht folgerichtig war, wenn man bedenkt, daß der Verband doch fast ausschließlich Bildungsaufgaben erfüllen sollte. Möller hingegen nahm Gräbners Grundgedanken der Fachbildungspflege auf und wandte ihn auf alle gegebenen Verhältnisse an. Und das führte sofort dazu, den Gehilfenverbandscharakter abzustreifen. Möller suchte alle erlangbaren Kräfte heranzuziehen und in den Dienst des Verbandes zu stellen, die damals in fachbildnerischer Beziehung als Autoritäten des Berufs galten. Im besonderen die Leiter der Stadtgärtnereien, der botanischen Gärten und ähnlichen Betriebe, auch die Unternehmer jener gewerblichen Gärtnereibetriebe, die damals als die bestgeleiteten, im Pflanzenkulturstande als die bedeutendsten galten. Die Gehilfen erhielten dadurch zwar mehr eine Schülerrolle zuerzuteilt — aber was wollten sie unter den Umständen auch anderes? Sie durften froh sein und schuldeten sogar berechtigten Dank, daß sie nun eine weitreichende Gelegenheit erhielten, ihr Fachwissen zu bereichern und ihre fachliche Tüchtigkeit zu steigern.

Man möge zu Möller stehen, wie man wolle, das eine kann man ihm nicht wegstreiten, daß er es verstanden hat, einen Verband von Fachbildungsvereinen in denkbar musterhafter Weise zu leiten und zu entwickeln. Seine Mitarbeiter, die derselben Aufgabe dienen wollten, hätten eigentlich nichts Besseres tun können, als alles nur mögliche aufzubieten, sich diese Kraft dauernd zu sichern. Aber diese Mitarbeiter standen mit Möller nicht in solcher Fühlung, die hierzu erforderlich gewesen wäre. Möller war in größeren Fragen allzu oft auf sich allein angewiesen, und das machte ihn einerseits mißmutig; andererseits aber steigerte es sein Selbstgefühl und nährte es das Bewußtsein, daß eigentlich er selbst und nur er der große Macher des Ganzen sei. Dadurch würde Möller eine Art Diktator, und wer dem Diktator widersprach, in dem erblickte dieser bald einen persönlichen und sachlichen Gegner und Feind, was weiterhin zur Zwietracht im Verbandsverbande führte.

Da Möller voraussah, daß die gegen ihn anwachsende Unzufriedenheit ihn einst stürzen würde, falls er nicht aus eigenem Entschluß die Verbandsleitung aus der Hand gebe, so nützte er nunmehr seine rein geschäftlichen Talente aus und zeigte jetzt der Fachwelt, was er als alleiniger Unternehmer seiner „Möllers Deutsche Gärtnerzeitung“ für die Fachbildung und Fachpraxis zu leisten imstande war.

Die Zeit von 1878 bis 1885 muß mit Fug und Recht als die Hochblütezeit der Fachbildungsvereine bezeichnet werden. Nachdem es es damit unausgesetzt abwärts gegangen, und in die heutige Zeit ragen örtliche Fachbildungsvereine nur noch als Ruinen hinein oder als erstarrte Gebilde aus einer Zeit, die einmal war. Die Aufgaben, die sie ehemals zu erfüllen berufen waren, sind längst auf die gewerkschaftliche Grätnerorganisation übergegangen und werden hier weit zweckdienlicher erfüllt, als sie von den sogenannten Fachbildungsvereinen jemals erfüllt worden sind und erfüllt werden konnten.

Erinnerungstage aus der Geschichte der Gärtnerbewegung.

3. August 1887: Gründung des Vereins zur Hebung des Gärtnerstandes für Hamburg, Altona und Umgebung. — 11. April 1888: Aufruf „An die Gärtnergehülfen von Hamburg, Altona und Umgebung“. — 5. Januar 1889 erscheint die erste Nummer der „Deutschen-Gärtner-Gehülfen-Zeitung“. — 9. und 10. Juni 1889: Erster Gärtner-Gehülfen-Kongreß in Hamburg; Gründung des „Zentralvereins der deutschen Gärtner“. — Mitte Juni 1889 der erste Streik (in Erfurt). — 6., 7. und 8. Dezember 1889 zweiter Gärtnergehülfen-Kongreß in Dresden. — April 1890 allgemeine Streikbewegung; in Hamburg, Berlin, Dresden mit den dazu gehörenden Lohngebieten der Umgebung allgemeine Streiks. — Ende März 1891 Streik in Barmen.

17. und 18. April 1892: Erste Generalversammlung des Zentralvereins d. d. G., in Bremen. — 6. u. 7. August 1893 Außerordentliche Generalversammlung des Zentralvereins, in Magdeburg. — 29. Juli 1894 Paul Ising †.

1895. Die lokalen Vereine „Flora“-Hannover und „Vergißmeinnicht“-Magdeburg bereiten gemeinsam einen Allgemeinen Gärtnerstag vor, eine gemeinsame Tagung des Zentralvereins, des A. D. G. V. und der lokalen Fachbildungsvereine. — 1. u. 2. August 1896. Allgemeiner Deutscher Gärtnerstag. in Erfurt; Zentralverein, A. D. G. V. und lokale Vereine je in etwa gleicher Stärke vertreten. Beschluß: „In Erwägung, daß unsere wirtschaftliche Lage, sowie auch unsere rechtliche Stellung eine der Würde des Gärtnerstandes nicht entsprechende ist, und daß eine Abhilfe dieser Mißstände unbedingt erforderlich, der Einzelne aber vollständig machtlos hiergegen ist, in fernerer Erwägung, daß eine Zersplitterung aus unserm Vereinsleben verschwinden muß, um einheitlich Stellung gegen diese Mißstände zu nehmen, erklärt der Gärtnerstag, für das Zustandekommen einer Organisation zu sorgen, in der es möglich wird daß sämtliche bestehenden Vereine, den gegebenen Verhältnissen entsprechend, ihre Interessen vertreten können.“ Die Einigungsorganisation soll den Namen „Deutsche Gärtnervereinigung“ erhalten. — 7. August 1896 Süddeutscher Gärtnerstag, in Nürnberg; dieser verwirft den beschlossenen neuen Namen und verlangt den Namen „Allgemeiner Deutscher Gärtnerverein“, spricht sich auch gegen die Aufnahmen nichtgelernter Berufskollegen aus. Ebenso die am 8. u. 9. August tagende Generalversammlung des A. D. G. V. Der Zentralverein lehnt deshalb den Beitritt ab. Die meisten der in Erfurt vertretenen gewesenen lokalen Vereine schließen sich dem A. D. G. V. an, als erste Hannover und Magdeburg.

28. Februar und 1. März 1897: Zweite (eigentlich dritte) Generalversammlung des Zentralvereins der Gärtner in Hamburg; der Verband erhält den Namen „Deutsche Gärtnervereinigung“. — 28. und 29. Januar 1900: Dritte Generalversammlung der Deutschen Gärtnervereinigung (als Fortsetzung des Zentralvereins), in Hamburg. — Frühjahr 1901: Arbeitskämpfe an mehreren Orten, in Hamburg Landschaffterstreik; verschiedentlich gemeinsames Arbeiten mit dem A. D. G. V.

18. Okt. 1885: Siebente Generalversammlung des Deutschen Gärtnerverbandes, in Frankfurt a. M.; Ludwig Möllers Sturz. — 27. und 28. Februar 1886: Achte Generalversammlung des Deutschen Gärtnerverbandes, in Charlottenburg; Reorganisation des Verbandes. — 1. Januar 1887: Sitzverlegung des Deutschen Gärtnerverbandes von Hamburg nach Berlin. — 24. bis 28. Okt. 1888: Neunte Generalversammlung des Deutschen Gärtnerverbandes in Dresden. — 21. bis 24. August 1890: Zehnte Generalversammlung des Deutschen Gärtnerverbandes in Bonn a. Rh.; Auflösung des Verbandes und Gründung des Allgemeinen Deutschen Gärtnervereins (als Fortsetzung des alten Verbandes). — 3. u. 4. Juni 1893: Erste Generalversammlung des A. D. G. V. in Potsdam. — 18. und 19. August 1894: Zweite Generalversammlung des A. D. G. V. in Hannover.

8. und 9. August 1896: Dritte Generalversammlung des A. D. G. V. in Nürnberg; Anerkennung der Beschlüsse des Erfurter Gärtnerstages mit Ausnahme des dort beschlossenen Namens und der Aufnahme von Nichtgelernten. — Herbst 1896: Der A. D. G. V. erhält einen neuen Zuwachs von lokalen Vereinen. — 6. und 7. August 1898: Vierte Generalversammlung des A. D. G. V. in Leipzig; die neue „wirtschaftliche“ Richtung hat die Mehrheit. — Herbst 1899 mißglückter Vorstoß der alten Richtung im A. D. G. V. gegen die neue. — 1. Februar 1900: Carl Darmer tritt von der Leitung des A. D. G. V. zurück. — Frühjahr 1900: Elfstundentagbewegung. — 3., 4. u. 5. August 1900: Fünfte Generalversammlung des A. D. G. V. in Frankfurt a. M. — 6. August 1900: Der Verband der Handelsgärtner Deutschlands beschließt, „alle Beziehungen mit der Leitung des A. D. G. V. und dessen Organ abzubrechen“. — Frühjahr 1901: Elfstundentagbewegung; in Berlin der erste Tarifvertrag für die Landschafftgärtnerei. Verschiedentlich gemeinsames Arbeiten mit der Deutschen Gärtnervereinigung.

9. Juni 1902: Gemeinsame Konferenz der Vorstände der Deutschen Gärtnervereinigung und des Allgemeinen Deutschen Gärtnervereins, in Witteberg; man einigt sich, vorerst einmal die gegenseitige Bekämpfung einzustellen, um damit einen späteren baldigen Zusammenschluß der beiden Verbände vorzubereiten.

Die Deutsche Gärtnervereinigung beteiligt sich, durch Wilhelm Jansson, an den Verhandlungen der Generalversammlung des A. D. G. V. (August 1902) in Hannover, über die Anschlußfrage an die Gewerkschaften. — Herbst 1902: Der Vorstand der Deutschen Gärtnervereinigung unterbreitet dem Vorstände des A. D. G. V. einen Einigungsvorschlag. — 2. und 3. November 1902: Vierte Generalversammlung der Deutschen Gärtnervereinigung; Beschluß, den A. D. G. V. wieder schärfer zu bekämpfen. — März 1903: Streik in Halstenbek-Rellingen; Abschluß eines Tarifvertrages; Arbeitskämpfe an anderen Plätzen.

1902: Auseinandersetzungen im A. D. G. V. über die Frage eines Anschlusses an die Gewerkschaften; Vertagung dieser Frage durch Beschluß der Sechsten Generalversammlung (Hannover S., 9. und 10. August 1902). — Herbst 1902: Ein Einigungsvorschlag des Vorstandes der Deutschen Gärtnervereinigung wird vom Vorstände des A. D. G. V. abgelehnt. — März und April 1903 allgemeiner Landschaffterstreik in Berlin; Abschluß eines Tarifvertrages, nach wenigen Wochen Bruch dieses Vertrages von seiten der Unternehmer. Arbeitskämpfe an anderen Plätzen. — Die Gewerkschaftsanschlußfrage rückt in den Vordergrund. 1. bis 15. Oktober 1903: Urabstimmung der Mitglieder erklärt sich mit Zweidrittelmehrheit für Anschluß an die freien Gewerkschaften.

9. November 1903: Gemeinsame Konferenz der Vorstände der Deutschen Gärtnervereinigung und des Allgemeinen Deutschen Gärtnervereins, in Berlin; diese stellt die Bedingungen der Verschmelzung beider Verbände fest. Die Zustimmung der Mitglieder des A. D. G. V. zu diesen gilt als bereits angenommen; die Mitglieder der Deutschen Gärtnervereinigung stimmen vermittelst Urabstimmung zu. — Die Verschmelzung erfolgt am 1. Januar 1904; als Name der freigewerkschaftlich Vereinigten wird, taktischen Erwägungen folgend, bestimmt:

Allgemeiner Deutscher Gärtnerverein.

Berufsmißstände in Dingen, Bz. Bremen.

Schon in Nr. 47 unserer Zeitung von 1913 haben wir die Mißstände in der Baumschule des Herrn Ernst Altona in Dingen (Bez. Bremen) besprochen.

Jetzt gehen uns erneut Beschwerden zu, die uns veranlassen, die Mitglieder **allgemein vor Stellungnahme in dieser Firma zu warnen.**

Die Kost wird als ungenügend geschildert, fast die ganze Woche gibt's Speck und Kohl, jede Woche nur einmal Suppe. Zum Frühstück aufs Brot Margarine, zum Vesper Obstmarmelade, und vor allem für junge Leute zu wenig.

Die Wohnstube wird im Winter als Arbeitsbude benutzt. Dann wird noch wiederholt darüber geklagt, daß der Lohn so **unregelmäßig** zur Auszahlung gelange. Wenn die Kollegen am Monats-Ersten ihren Lohn verlangen, dann frage Herr Altona, wieviel sie haben wollen!

Daß bei solchen Umständen und bei 11—12stündiger Arbeitszeit und 25—30 Mk. Monatslohn kein Kollege aushält, ist klar.

Zu werfen sind auch die Mittel, die Herr Altona anwendet, um die Gehilfen an seinen Betrieb zu fesseln. Das einfachste wäre doch, wenn Herr Altona die Verhältnisse in seinem Betriebe verbessern würde; statt dessen legte er den Gehilfen folgenden Revers vor:

„Dingen, den 1. Dez. 1913.

Hiermit verpflichten wir uns, bis zum 1. Juli 1914 im Geschäft des Herrn Altona zu bleiben und sind damit einverstanden, daß Herr Altona bis zu demselben Datum monatlich 5 Mk. von unserem Gehalt als Garantie zurückbehält. Wenn wir das Arbeitsverhältnis früher lösen oder durch unser Betragen Herrn Altona Anlaß geben, uns zu entlassen, verzichten wir dann auf den als Garantie zurückgehaltenen Abzug von unserem Gehalt, so wie auch all die andern Vergütungen für Überstunden usw. (Unterschrift.)“

Die Kollegen waren vernünftig genug, ihre Unterschrift unter diesen Wisch nicht zu geben.

Schon der Passus, daß, wenn ihr Betragen zu ihrer Entlassung führen sollte, sie dann ihr Geld los sein sollen, könnte zu netten Zuständen führen. Wenn ihr „Betragen“ nun am 2. Juli dem Unternehmer nicht mehr paßt, dann hätte er bei 3 Gehilfen 105 Mk. verdient, und die Arbeit wäre ja fertig.

Wir nehmen ja nicht an, daß Herr A. es so machen wollte; aber dieser Vertrag wäre doch etwas zu dehnbar.

A. Kummer, Hamburg.

Dumme werden gesucht!

Im Thieleschen „Allg. Samen- und Pflanzen-Anzeiger“, vom 4. Juni, befindet sich folgende Anzeige:

10 Gehilfen gesucht,

die sich im Veredeln ausbilden wollen. Garantierte Leistung in 6 Wochen pro Tag 1—2000 Stück, kein Schnellokulierapparat, sondern nur besondere sichere Griffe. Etwas Gehalt wird zugezahlt nebst freier Kost und Logis.

J. G. Tölken, Böttersen, Bez. Bremen.

Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß hier nur Dumme gesucht werden. Man rechnet auf erste Kräfte, die sich schon jahrelang mit Rosenokulieren im Akkord beschäftigen, eine täg-

liche Durchschnittsleistung von 1400, wobei nur das Auge-Einsetzen in Betracht kommt, während alle dazu gehörigen Vor-, Nach- und Nebenarbeiten durch Hilfskräfte besorgt werden müssen. Nur allgeschickteste Hände dürften es in sechs Wochen auf eine Leistung von etwa 1000 zu bringen vermögen.

Herrn J. G. Tölken ist es offenbar nur darum zu tun, die sich auf sein Angebot Meldenden auszunutzen und in ihnen möglichst billige Arbeitskräfte zu bekommen.

Gemeindegärtnerei

Aachen. Die Lohnfrage der städtischen Arbeiter, die bei Gelegenheit der jüngsten Aachener Etatsberatung, angeblich wegen Mangel an Mitteln (!), wieder einmal auf die Seite geschoben wurde, soll, nach einem Antrage der Zentrumsfraktion, demnächst das Stadtverordnetenkollegium beschäftigen. Es wird beantragt, die Löhne in folgender Weise aufzubessern:

1. Ungelernte Arbeiter: neuer Lohn 3—4 Mk.; bisher 2,80—3,60 Mk. Steigerungssatz: fünfmal 20 Pfg.

2. Ungelernte, aber für bestimmte Zwecke angelernte Arbeiter: neuer Lohn 3,50—4,50 Mk.; bisher 3—4 Mk. Steigerungssatz: fünfmal 20 Pfg.

3. Gewöhnliche Handwerker: neuer Lohn 3,60 bis 5 Mk.; bisher 3,20—4,60 Mk. Steigerungssatz: siebenmal 20 Pfg.

4. Bessere Handwerker: neuer Lohn 3,80—5,50 Mk.; bisher 3,60—5 Mk. Steigerungssatz: siebenmal 20 Pfg., einmal 30 Pfg.

5. Bauaufseher, Vorarbeiter, Pflasterer usw.: neuer Lohn 4—6,50 Mk.; bisher 4—6,50 Mk.

Der Höchstlohn wird bei den unter 1) und 2) genannten in 10 Jahren, bei den unter 3) in 14, bei den Handwerkern, Aufsehern in 15 Jahren erreicht.

Außerdem sollen die in Aachen ansässigen Arbeiter, die länger als ein Jahr bei der Stadt beschäftigt sind, eine Kinderzulage erhalten. Diese soll betragen: bei drei Kindern 10 Mk. pro Monat, bei vier Kindern 12,50 Mk., bei fünf Kindern 15 Mk., bei sechs Kindern 17,50 Mk. und bei sieben Kindern 20 Mk. im Monat.

Die Gärtner fallen unter Nr. 3, die Gartenarbeiter unter Nr. 1.

In allen Teilen ist diese „Reform“ ein Hohn auf die heutigen Bedürfnisse. Würden die Kollegen in der Aachener Stadtgärtnerei ein klein wenig auf ihre Menschenrechte pochen, dann müßte die Stadtverwaltung sich zu ganz anderen, zeitgemäßen Zugeständnissen bequemen. Leider ist aber zu befürchten, daß die Kollegen keinerlei Bestrebungen an den Tag legen, ihrer Unzufriedenheit Ausdruck zu geben.

Ihr Aachener Stadtgärtnerkollegen! Haltet Euch vor Augen, daß ihr Euch in der Berufsorganisation einen Rückhalt schaffen müßt! Es ist dies eine zwingende Notwendigkeit für Euch alle.

Noch in letzter Zeit suchte in einem gärtnerischen Offertenblatt der Stadtgärtner Wimmer einen Gärtner zur Instandhaltung der städtischen Anlagen für 33 Pfg. Stundenlohn.

Eine Stadtverwaltung, wie beispielsweise Offenbach, wo wirkliche Arbeitervertreter den entscheidenden Einfluß ausüben, sollte mal solche Löhne zu bieten wagen: welch ein Sturm der Entrüstung würde durch den Wald jener Presse jagen, die zu den Stadtverordnetenmehrheiten von Aachen, Eschweiler usw. in sehr engem Verwandtschaftsverhältnis stehen! Noch in jüngster Zeit heulte diese Presse und ihre Trabanten mit ihr über „miserable Verhältnisse der städtischen Arbeiter zu Offenbach“, wo Anfangslöhne von 28,50 Mk. in der Stadtgärtnerei gezahlt werden. Jetzt werden sie sich wohlweislich hüten, ihre Stammesverwandten, wegen Einstellungslohnen von 3 Mk., am Schlafüftchen zu necken.

Schl.

Berlin. Städtische Friedhofsbetriebe. In der Sitzung der Berliner Stadtverordneten am 4. Juni 1914 wurde über die Neubesetzung der Verwalterstelle auf dem städt. Friedhof in Friedrichsfelde debattiert. Wir entnehmen dem Bericht über diese Sitzung folgende Bemerkungen:

Die Verwalterstelle auf dem städtischen Friedhofe in Friedrichsfelde soll in eine Inspektorstelle umgewandelt werden. Statt des bisherigen Gehaltes von 2500 bis 3600 Mk. will der Magistrat ein solches von 3500 bis 5300 Mk. auswerfen, um den Posten auch geeigneten Bewerbern aus dem Büroassistentenstande erstrebenswert erscheinen zu lassen.

Städt. Leid (Soz.): Wir haben gegen die Vorlage gewisse Bedenken. Die neue vorgeschlagene Skala ist die der städtischen Wirtschaftsinspektoren; dagegen haben wir keine Einwendung. Anders steht es mit der Qualität der auszuwählenden Persönlichkeit. Man will auch den Stand der Büroassistenten zur Bewerbung aufmuntern und führt zur Begründung an, daß gewisse Bürokenntnisse usw. für diesen Posten notwendig sind. Wir können das nicht gelten lassen; die Tätigkeit dieses Beamten setzt in erster Linie gärtnerische Vorbildung voraus. Das Bestattungskuratorium, ja auch der Magistrat selbst hat sich bisher auf diesen Standpunkt gestellt. Wir sollten deshalb ausdrücklich

aussprechen, daß es sich hier um einen Posten handelt, dessen Inhaber die Vorbildung eines Obergärtners haben muß. Dem Inspektor, der jetzt geschaffen werden soll, ist doch auch der neue Friedhof in Buch, den wir jetzt errichten, später zu unterstellen. Wenn Friedrichsfelde voll besetzt ist, tritt das jetzt vom Magistrat hervorgehobene Moment noch mehr zurück; diese völlige Belegung wird aber sehr bald eingetreten sein. Wir beantragen deshalb Ausschußberatung. Nehmen wir die Vorlage heute schon an, so verlegen wir uns den Weg gänzlich, die Stelle später mit einem Gärtner zu besetzen.

Stadtrat Selberg: Die gärtnerischen Rücksichten werden doch auch auf den städtischen Friedhöfen von unserem Gartendirektor Brodersen wahrgenommen. Ich möchte anheimstellen, die Vorlage ohne weiteres anzunehmen.

Die Vorlage geht an einen Ausschuß.

Wir können uns nur vollinhaltlich den Ausführungen des Stadtverordneten Leid anschließen. Sollte der neue Verwalter nur Bürodienst leisten, dann wäre das angesetzte Gehalt, besonders im Hinblick auf die Arbeit und Bezahlung der anderen Friedhofsangestellten und -Arbeiter reichlich hoch zu nennen. An die Spitze derartiger Betriebe gehören Gärtner, die über genügende Kenntnisse im Verwaltungsdienst verfügen und die auch die gartenkünstlerische Seite des Friedhofbetriebes zu würdigen verstehen.

Leider wird gerade bei der Vergabung von derartigen Stellen sonderbar verfahren. Besonders in den Verwaltungen der Kirchengemeinden, aber auch bei Besetzung von Stellen in Betrieben politischer Gemeinden herrscht eine sehr verwerfliche Günstlingswirtschaft. Leute, die lediglich zwölf Jahre Soldat waren oder Leute, die früher Diener gewesen sind und aus dieser letztgenannten Tätigkeit den krummen Buckel und die offene Hand mit in ihre neue Tätigkeit als Friedhofsinspektor herübernehmen, werden angestellt. Leute, die früher mal Schlossergeselle waren, werden Leiter gärtnerischer Arbeiten auf Friedhöfen usw.

Wir haben gewiß alle Achtung vor der Tätigkeit des Gartendirektors Brodersen; aber trotzdem hinken die Bemerkungen des Stadtrats Selberg doch gewaltig. Wären diese Bemerkungen richtig, dann wären auch die gärtnerischen Leiter der fünf Berliner Parkreviere überflüssig.

Berliner Friedhöfe, besonders die kirchlichen, bieten grenzenlos häßliche Bilder von Unkultur und schlechtem Geschmack. Wollen wir Abänderung schaffen, dann müssen an die Spitze dieser Betriebe überall Leute, die für eine gute Lösung der Aufgabe, die ihre Stellung voraussetzt, die notwendigen Kenntnisse mitbringen. Das wird nicht möglich sein durch Büroassistenten, wohl aber durch gärtnerisch vorgebildete Beamte.

W. Kk.

Berlin-Friedenau. Durch Beschluß der Gemeindevertretung Friedenau wurde nunmehr auch in der Gartenverwaltung dieser Gemeinde die Arbeitszeit von zehn Stunden auf neun Stunden herabgesetzt. Von den Groß-Berliner Gemeinden haben nunmehr die neunstündige Arbeitszeit: Charlottenburg, Friedenau, Köpenick, Lichtenberg, Neukölln, Pankow, Schöneberg, Treptow und Weißensee.

Nur die Reichshaupt- und Residenzstadt Berlin wird ihre Gärtner auch weiterhin in den Sommermonaten zehn Stunden arbeiten lassen. Wenn der Neunstundentag nun aber in immer mehr Gemeinden eingeführt wird, dann wird es der Gemeinde Berlin immer schwerer fallen, nach schlechten Beispielen zu suchen, die zur Begründung einer längeren Arbeitszeit herangezogen werden können. Krähwinkel, Kalabriakuka und ähnliche werden schließlich dazu noch in Frage kommen.

W. Kk.

Essen a. Rh. Lohnverhältnisse bei der städtischen Gartenverwaltung. Wer die Verhältnisse der Einhalbmillionenstadt Essen a. Rh. einigermaßen kennt, wird wissen, daß hier ein ziemlich „teures Pflaster“ ist. Wohnungs- und Lebensmittelpreise lassen nichts zu wünschen übrig und sind mit die höchsten im ganzen Bezirk. Wohl dementsprechend steht Essen mit seinem ortsüblichen Tagelohn von 3,90 Mk. an zweiter Stelle im Regierungsbezirk Düsseldorf. Wenn es auch nicht immer zutreffen mag, so wird doch im allgemeinen angenommen, daß der ortsübliche Tagelohn (behördlicherseits für die Zwecke der staatlichen Arbeiterversicherung festgesetzt) das Mindeste ist, was zur Bestreitung des Lebensunterhaltes nötig. Anders denkt unsere Stadtgartenverwaltung. Sie scheint darauf nichts zu geben, denn in vielen Fällen erreichen die bei dieser Verwaltung Beschäftigten nicht einmal einen so hohen Lohnsatz. Hier ein paar Stichproben aus einer in diesem Frühjahr vom A. D. G. V. aufgenommenen Lohnstatistik. Wir ermittelten da u. a. am häufigsten anzutreffende Lohnsätze: 3,50—3,75 Mk. täglich; also 21,00—22,50 Mk. **Wochenlohn!** Selbst einige Verheiratete sollen sich in dieser Lohnstufe befinden! Soll man das wohl für möglich halten? Wie soll in der heutigen Zeit bei solchen Löhnen ein Arbeiter nur einigermaßen menschenwürdig leben können? Auf diese Frage wird wohl die Stadtverwaltung ebenso wie die Gartenverwaltung uns die Antwort schuldig bleiben.

Zum Vergleich über die Lebensunterhaltsbedingungen am Orte sei hier auf folgendes verwiesen: Im Jahresbericht der Handels-

kammer Essen veröffentlicht die Firma Krupp A.-G. die Bewegung der Lebensmittelpreise bei den Kruppschen Konsumanstalten in Essen. Dazu werden die in der Gußstahlfabrik verdienten Durchschnittslöhne angegeben. Berechnet man nun auf Grund der Kruppschen Statistik (unter Berücksichtigung der Verpflegungsrationen der deutschen Marinesoldaten), so kommt man zu folgendem Ergebnis: Der Durchschnittswochenlohn stieg hier seit dem Jahre 1907 von 32,10 Mk. auf 55,14 Mk. im Jahre 1913, oder um 10,09 %. Die Kosten des Nahrungsmittelauwandes dagegen sind in derselben Zeit von 19,62 Mk. auf 22,83 Mk., also um 16,36 % gestiegen. Also trotz der Steigerung ihrer Löhne konnten die Kruppschen Arbeiter die Steigerung der Lebensmittelpreise nicht wettmachen! **Um wieviel schlechter aber stehen unsere städtischen Kollegen?** Haben deren Löhne in den letzten Jahren eine auch nur annähernde Steigerung erfahren? Nein!

Das Auffälligste: Was soll ein verheirateter Arbeiter anfangen, wenn er nur 22—25 Mk. wöchentlich an Lohn bekommt, wenn er allein 22,83 Mk. nur für Nahrungsmittel benötigt? Dabei würde er sich und seine Familie noch nicht besser ernähren können als unsere Marinesoldaten, die doch sicherlich keine zu übermäßige Kost bekommen. Woher kommt dann der Aufwand für Miete, Feuerung, Kleidung, Steuern u. dergl.?

Bei dieser Berechnung ist übrigens zu beachten, daß die Statistik die Preise der billigeren Sorten von Nahrungsmitteln zugrunde gelegt hat und daß ferner in einer Konsumanstalt die Preise tiefer liegen als bei einem Kleinhändler, der nicht so vorteilhaft einkaufen kann. Die städtischen Gartenarbeiter und Gärtner aber sind wohl alle Kunden von Kleinhändlern.

Alles in allem muß man sagen: Die Lebenslage eines großen Teiles der in der Stadtgärtnerei beschäftigten Kollegen bewegt sich auf einer recht tiefen Ebene. Hier sollte deshalb Wandel geschaffen werden.

Aber nicht genug damit. Nicht allein die niedrigen Löhne sind zu bemängeln, auch das hier geübte Lehrlingswesen fordert zur Beanstandung heraus. Mußt ihr doch in diesem Frühjahr feststellen, daß allein in der Baumschul- und Topfpflanzen-gärtnerei vier Lehrlinge und zwei sogenannte Arbeitsjungen waren! Eine Zeitlang sollen sogar fünf Lehrlinge vorhanden gewesen sein. Ist es etwa nicht genug, daß hier in Essen zahlreiche „Musterbetriebe“ vorhanden sind, die oft mehr Lehrlinge als Gehilfen haben? Ist der Stadtgartenverwaltung nicht bekannt, daß jährlich tausende von gelernten Gärtnern gezwungen werden, den Beruf aufzugeben, weil ein zu starkes Überangebot von Arbeitskräften stattfindet? Muß da noch ein städtischer Betrieb sich zur Lehrlingszucht hergeben? Oder geschieht das, um damit billige Arbeitskräfte zu haben? Das wäre jedenfalls noch empörender. Die Lehrlinge erhalten für den Arbeitstag 1,00—1,50 Mk. Wie und von was sollen diese jungen Leute eigentlich leben, wenn keine Angehörigen mehr hinter ihnen stehen? —

Wohl sind vor einigen Jahren die Arbeitslöhne erhöht worden. Aber wie diese Erhöhung gehandhabt wird, darüber wußte uns niemand Auskunft zu geben. Wir konnten beispielsweise folgendes ermitteln. Es erhielt: ein Lehrling, 15 Jahre alt, 1,00 Mk.; ein Arbeiter, 18 Jahre alt, ebenfalls 1,00 Mk.; ein Gehilfe, 21 Jahre alt, 3,75 Mk.; ein Gehilfe, 20 Jahre alt, 3,50 Mk.; ein verheirateter Arbeiter, 26 Jahre alt, 3,85 Mk.; ein verheirateter Gehilfe, 40 Jahre alt, 3,75 Mk. den Tag.

In den letzten Wochen soll eine kleine Aufbesserung stattgefunden haben, wie hoch, konnte bis jetzt noch nicht festgestellt werden.

Es scheint, daß eine feste Lohnskala garnicht besteht oder doch nicht beachtet wird. Vielleicht genügt es, wenn der Herr Obergärtner oder der Herr Inspektor nach eigenem Befinden entscheidet. —

Kollegen der Stadtgärtnerei, ob gelernt oder ungelern! Auf eine Verbesserung Eurer Lage „von oben her“ dürft Ihr nicht warten. Solange Ihr Euch nicht selbst regt, wird man annehmen, daß Ihr mit allem zufrieden seid. Es ist hohe Zeit, daß Ihr Euch einer zielbewußten und rückgratfesten Organisation anschließt! Es ist Zeit, daß Ihr Euch auf Eure Rechte besinnt!

Nicht durch Räsonnieren und Schimpfen, nicht durch ein stumpfes Dahinbrüten wird es besser — nein! Nur durch einen festen Zusammenschluß, durch eine Organisation, die Eure Interessen voll und ganz vertritt. Das aber tut einzig und allein der A. D. G. V. Er und kein anderer hat in den letzten Jahren bewiesen, daß es ihm ernst ist mit der Hebung unserer Lage. Kein Berufsverband hat auch nur annähernd soviel für unsern Beruf geschaffen; kein anderer besitzt die Macht, solches zu tun. Werft die Lauheit und Angstlichkeit von Euch! Hand in Hand wollen wir gehen und geschlossen für die Hebung unserer Lage kämpfen.

Albin Panzer.

Gärtnerische Kommunalbetriebe oder nicht?

In welcher zäher Weise unsere Unternehmer bestrebt sind, ihre Interessen zu vertreten, ist des öfteren schon in dieser Zeitung dargelegt worden. Sie betätigen sich heute auf allen Gebieten, eine Folge ihrer ständig wachsenden und erstarkenden Organisationen.

Ein besonderes Gebiet sind die Bemühungen, die Kommunalisierung der städtischen Gärtnerei- und Friedhofsbetriebe aufzuhalten oder zu hintertreiben.

Wenn heute die Verwaltungen der Groß- und Mittelstädte, besonders der industriell entwickelten, ihr besonderes Augenmerk der gärtnerischen Ausgestaltung des Städtebildes zuwenden, dann geschieht das in wohlbegründeter Absicht. Die bedauerlichen Entgleisungen der Städteerbauer in der Zeit der sogenannten Gründerjahre, die vollständige Außerachtlassung der Gartenkunst als wichtigen Faktor im Städtebau, in Verbindung mit einer plan- und skrupellosen Bodenspekulation, haben dem modernen Städteerbauer gezeigt, wo der Hebel zur Erzielung einer gesunden Städtebaupolitik angesetzt werden muß. Das hat denn auch dazu geführt, daß das Aschenbrödel Gärtnerei in der modernen Kommune mit in den Vordergrund rückte. Die Stadtverwaltungen lassen es sich ungeheure Summen kosten, den nötigen Grund und Boden zu erwerben, um die gärtnerische Gestaltung des Städtebildes zur Entfaltung zu bringen.

Auch die immer mehr sich häufenden Schwierigkeiten im Bestattungswesen haben die Städte veranlaßt, die Friedhofsbetriebe in eigene Regie zu übernehmen. Diese Entwicklung hat in vielen Städten zu umfangreichen Großbetrieben geführt. Es ist daher auch nicht zu verwundern, daß unsere gewerblichen Unternehmer im Interesse ihres Profits dieser bedrohlich wachsenden Kommunalisierung der Gärtnerei- und Friedhofsbetriebe ihr besonderes Augenmerk zuwenden.

Ein typisches Beispiel für einen planmäßigen Kampf zum Zwecke einer „Entkommunalisierung“ der gärtnerischen Betriebe bilden die Hannoverschen Gärtnereiunternehmer. Auf den Plan traten diese erstmals zu Anfang des vorigen Jahrzehnts, als es sich darum handelte, die Friedhofsbetriebe in Stöcken und Döhren in eigene Regie der Stadt Hannover zu übernehmen. Einen Erfolg hat man allerdings nicht buchen können, da das so arg befledete „Monopol“ gar nicht beabsichtigt war. Im Jahre 1906 kommunalisierte auch die Stadt Linden den Friedhofsbetrieb und führte gleichzeitig das Monopol für sämtliche gärtnerischen Arbeiten ein. Nach langem Prozessieren erlangte schließlich ein Urteil Rechtskraft, nach welchem die neue Friedhofsordnung des Lindener Magistrats als gültig anerkannt wird. Damit besteht das „Monopol“ nun zu Recht. Auch auf einigen Friedhöfen von Kirchengemeinden in Hannover bestehen diese Monopole, so auf dem Hainhölzer-, Herrenhäuser-, Israelitischen- und neuem Nicolafriedhofe.

Weiter wurde anlässlich der Neubesetzung der städtischen Gartendirektorstelle ein Vorstoß gegen die „Kommunalgärtnerei“ unternommen. Der einzige Erfolg war hier, daß den Gartendirektoren verboten wurde, Nebenarbeiten zu verrichten und so den Gewerbetägern Konkurrenz zu machen. Wir halten ein derartiges Verbot für durchaus gerechtfertigt. Der weitere Kampf spielte sich nun hinter den Kulissen ab und kam zum Durchbruch bei der Wahl des neuen Stadtgartendirektors Kube. Jetzt, nach der Niederlage bei der Wahl, folgte — der Unternehmerkandidat war der Inspektor Schulze — Vorstoß auf Vorstoß. Zunächst eine Eingabe der Landschaftsgärtner an den Magistrat, in Zukunft die Neuanlage gärtnerischer Plätze bei Kirchenbauten und gemeinnützigen Anstalten nicht mehr durch die Stadtgärtnerei ausführen zu lassen. Die Landschaftsgärtner könnten derartige Anlagen billiger herstellen, und außerdem müßte man doch auf die steuerzahlenden Gärtnereiunternehmer sowie auf die alten, tüchtigen (ei, ei!) Gehilfen Rücksicht nehmen. Der Magistrat winkte ab aus künstlerischen und ästhetischen Gründen. Nun mußten die Arbeitnehmer daran glauben. Infolge einer Eingabe der Unternehmer wurde den Gehilfen und Arbeitern der Stadtgärtnerei bei Strafe sofortiger Entlassung verboten, gärtnerische Nebenarbeiten zu verrichten.

Neuerdings plant man einen neuen kräftigen Vorstoß. Die Stadt Hannover ist in den Besitz des Ritterguts Burg in Herrenhausen gelangt, wofür sie drei Millionen Mark aufwandte. Hier sollen neben dem neuen großen Schulgarten die städtischen Anzuchtgärtnereien, Gewächshauskulturen und Baumschule errichtet werden. Die Unternehmer wünschen jedoch keine Vergrößerung der Stadtgärtnerei. Dabei ist es für die kommunalgärtnerische Entwicklung Hannovers von der größten Bedeutung, wenn eine Vergrößerung der Anzuchtgärtnereien stattfindet; denn die Stadt Hannover hat infolge der Verschiebung des Städtebildes durch den Ems-Weser-Leinekanal auch in gärtnerischer Beziehung große Aufgaben zu lösen. Die Lösung dieser Aufgaben würde sich schwieriger gestalten, wenn die aus Eigennutz betriebene „Entkommunalisierungspolitik“ die Oberhand gewönne. Es liegt aber besonders im Interesse des größten Teils der großstädtischen Bevölkerung, daß von den Kommunen mehr noch als bisher in der Ausschmückung der städtischen Anlagen mit Blütenpflanzen geleistet wird. Weiter sollte die Förderung der Pflege der Pflanzen durch Schulkinder eine erste Aufgabe jeder Stadtverwaltung sein. Dergleichen sollte man der Entwicklung der Schrebergärten und Laubenkolonien durch Anlage und Unterhaltung von Mustergärten die Wege ebnen. Aber auch die Ausschmückung der städtischen Ge-

bäude mit Balkonpflanzen ist eine Aufgabe, die vorbildlich und befruchtend für die Einwohnerschaft wirken dürfte.

Zur Erfüllung aller dieser Aufgaben ist Vorbedingung eine leistungsfähige Anzuchtgärtnerei, ein gärtnerischer Großbetrieb der Kommune.

Das Interesse der Allgemeinheit teilt höher denn das Profitinteresse einer kleinen Gruppe.

Wenn man aber annimmt, daß durch die Kommunalbetriebe das gewerbliche Unternehmertum geschädigt werde, so irrt man sehr. Die Gärtnerei ist in ihrer Gesamtheit derart entwicklungsfähig, daß sie zu ihrer Ausdehnung einer Einschränkung des Kommunalbetriebes nicht bedarf. Aber hier liegt der Hase im Pfeffer. Gerade wieder die Hannoversche Gewerbegärtnerei ist ein Schulbeispiel für die schädigenden Folgen einer Kirchturmspolitik in wirtschaftlichen Dingen.

Bis dicht an die Tore Hannovers kommen die Landschaftsgärtnerei-Großbetriebe aus Westfalen, Hamburg und Bremen und führen die Anlagen aus. Wo aber hört man einmal etwas von einem Hannoverschen Landschaftsgärtner? Dasselbe Bild in der Handelsgärtnerei. Auch hier dürfte eine große Ausbreitung möglich sein durch Ausdehnung und Förderung des Versandgeschäftes. Diese Ansicht teilen wir mit Führern der Hannoverschen Unternehmer.

Also, warum den Kampf auf einem Gebiete führen, wo man niemals Erfolge erzielen kann, weil die Entwicklung alle kleinen Geister beiseite schiebt?

Haben wir Arbeitnehmer irgend einen Vorteil von der „Entkommunalisierung“ der gärtnerischen Betriebe? Hier diene ein Beispiel. Im Wirtschaftsgebiete Hannover sind in der reinen Handelsgärtnerei etwa 120 Gehilfen und 35 Lehrlinge beschäftigt, davon nur 12 Verheiratete, die als sogenannte Obergärtner oder teilweise auch als Verkäufer fungieren. Dazu kommen noch ein paar verheiratete Arbeiter. In der Landschaftsgärtnerei dasselbe Bild; auch hier gilt das Bestreben, möglichst junge, das heißt billige Arbeitskräfte zu bekommen. Demgegenüber betrachte man sich einmal den gärtnerischen Kommunalbetrieb; hier herrschen denn doch andere, für uns bessere Zustände. Hier sind 35-jährige, im vollster Manneskraft stehende Gehilfen nicht zu alt, wie z. B. in der Landschaftsgärtnerei Hannovers. Wo sind denn aber die alten, tüchtigen Gehilfen der Landschaftsbranche, von denen in einer Eingabe der Unternehmer die Rede ist? Auf der Conti, Gummikamm, Hapag, Straßenbahn und anderswo in den Fabriken!

Wir haben aber die entschiedene Verpflichtung, auch für die alten Berufskollegen im Berufe Arbeitsplätze zu schaffen, und das ist nicht möglich, wenn im Berufe Unternehmer das Zepter führen, die an sozialer Rückständigkeit schlechterdings nicht zu übertreffen sind; denen Arbeits- und Lohnkämpfe nicht wirtschaftliche Fragen, sondern persönliche Machtkämpfe sind. Darum setzen wir den egoistischen Forderungen der Unternehmer unsere, der Allgemeinheit dienenden Bestrebungen entgegen. **Wächter, Hannover.**

Gemeindebetriebe — Musterbetriebe??!

Wie weit wir noch von dem Ziele, Gemeindebetriebe als Musterbetriebe ansprechen zu können, entfernt sind, beweisen die Zustände und Vorkommnisse in diesen Betrieben, die in den letzten Jahren in unserm Verbandsorgan an die Öffentlichkeit gezogen worden sind. Wenn hier nun nicht solche Erfolge zu verzeichnen sind wie in den Handels- und Landschaftsbetrieben, so liegt die Schuld nicht an uns organisierten Kollegen, sondern einzig und allein an den unorganisierten Kollegen in den Gemeindebetrieben.

An Aufklärungsarbeit hat es nicht gefehlt. Immer und immer wieder ist den Kollegen die Mahnung zugerufen worden: „Schließt Euch zusammen. Er kämpft geschlossen Euch das, was kurzsichtige und zumteil arbeiterfeindliche Gemeindeverwaltungen Euch vorenthalten!“ Aber bei den meisten Kollegen ist bis jetzt noch alles vergebens gewesen. Zumteil werden Ständedünkel und Eigenbrödelei höher eingeschätzt, als menschenwürdige Verhältnisse. Lieber finanziell noch unter den sogenannten ungelerten Arbeitern stehen, als mit diesen Ungelernten zusammen einer Organisation anzugehören.

Ein anderer Teil wieder ist zu kurzsichtig, um den Wert einer Organisation zu erkennen, oder die Angst vor dem Herrn Obergärtner, Inspektor oder einem sonstigen Vorgesetzten hält sie davon ab. Viele leben in dem Wahne, Lebensstellung zu haben, ja pensionsberechtigt zu sein oder wenigstens zu werden. Trotzdem es nur „weiße Raben“ sind, die dieses Ziel erreichen können, übt die Aussicht darauf doch noch eine starke Zugkraft auf die meisten Kollegen aus. Und zu spät erst sehen die meisten ein, daß sie für solche Illusionen ihre Menschenrechte verkauft haben.

Wie oft genügen Kleinigkeiten, ja nichtige Gründe, um den Kollegen vor dem Ziele — festangestellt, pensionsberechtigt zu werden — zur Strecke zu bringen! Ja, wie oft wird dieses System angewandt, um einer eventl. periodisch wiederkehrenden Lohnaufbesserung aus dem Wege zu gehen! Nur Auserlesene kommen zum Ziele, wenn auch sehr oft auf einem ziemlich krummen Wege.

Und so können wir die Wahrnehmung machen, daß die Angst, unter denjenigen zu sein, die überflüssig sind, sehr unschöne Blüten zeitigt. So ist beispielsweise gar mancher bestrebt, die Gunst

seiner Vorgesetzten durch Liebedienerei und Streberei zu erlangen. Und wie viele Kollegen werden von „lieben“ Mitarbeitern, also von Kollegen, durch gehässige Angeberei auf die Seite geschoben, um dadurch für sich selbst freie Bahn nach oben zu haben! Und leider nur zu oft hat dieses System Erfolg, weil es von vielen Vorgesetzten leider nicht verpönt, sondern oftmals noch gefördert wird. Durch Streberei und Spitzelei ist in zahlreichen Betrieben ein Gehilfen- und Arbeitermaterial geschaffen worden, das jede freie Neigung, jeden Versuch, eine Verbesserung auf ehrlichem Wege zu schaffen, zunächst gar nicht aufkommen läßt.

Doch all dieses kann und darf uns nicht abhalten, immer und immer wieder an diejenigen Kollegen zu appellieren, die mit diesen Zuständen nicht einverstanden sind. Wenn uns nicht die Möglichkeit gegeben ist, im Betriebe unsere Überzeugung offen zum Ausdruck zu bringen, dann muß versucht werden, durch eine öffentliche Kritik die unwürdigen Zustände bekannt zu geben, um endlich auch da andere Verhältnisse anzubahnen.

A. Pauzer.

Ausland

Österreich.

Von oben oder von unten?

Seit Jahrzehnten mühen sich die arbeitnehmenden Gärtner in Österreich ab, durch Zusammenschluß in verschiedenen Vereinigungen ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern und ihr gesellschaftliches Ansehen zu heben. Wenn wir aber die Erfolge dieser Bemühungen betrachten, so müssen wir leider sagen, daß für die Allgemeinheit bisher gar nichts geschehen ist.

Meistens messen die Kollegen den leitenden Personen die Schuld an den Mißerfolgen bei und meinen, wenn nur die „richtigen“ Männer an der Spitze wären, dann müßte es schon gehen.

Nun ist es ja allerdings richtig, daß über den Rücken der Gärtner schon so mancher Streber emporgestiegen ist, aber ungerecht wäre es, deswegen auch allen andern den ehrlichen Willen, für die Allgemeinheit zu arbeiten, abzuspochen. Der Fehler muß also tiefer liegen, denn wir sehen ja bei allen anderen Berufen, daß mit Hilfe der Organisation die Lage der Berufangehörigen im allgemeinen gebessert wurde. Warum also die Erfolge bei anderen Berufen, und warum die Mißerfolge bei den Gärtnern?

Aber diese Frage beantworten zu können, müssen wir das Wesen und Wirken anderer Berufsorganisationen zunächst näher betrachten. Was uns da vor allem auffällt, ist der Umstand, daß diese Organisationen „oben“ durchaus nicht beliebt sind, im besonderen nicht bei den Arbeitgebern, aber auch bei den Behörden nicht. Und dennoch Erfolge! Wie ist das möglich? „Brotgeber“ und „Obrigkeit“ gegen sich zu haben, wird uns doch von gewissen „Führern“ seit jeher als das größte Unglück hingestellt, das Arbeitnehmer überhaupt passieren kann. Hält man einem solchen mehr oder weniger redgewandten Herrn die Erfolge anderer Berufsorganisationen vor, so erwidert er einfach, daß die Verhältnisse bei den Gärtnern andere sind, und er betont, daß der Gärtner sich mit seinem Arbeitgeber unter allen Umständen in Güte verständigen müsse, da sonst Privatgärtnereien einfach aufgelöst werden, während die Handelsgärtner, wenn sie höhere Löhne bezahlen, zugrunde gehen müßten, da dann wegen der hohen Preise niemand mehr Pflanzen und Blumen kaufen werde.

Wenn wir aber die Entwicklung anderer Berufsorganisationen zurückverfolgen, so werden wir finden, daß auch unter den Arbeitnehmern anderer Berufe früher einmal ganz ähnliche Ansichten herrschten, und auch diesen Arbeitnehmern das „Hand in Hand gehen“ mit den Arbeitgebern als unumgänglich notwendig erschien. Wir erinnern hier nur an die Handlungsgehilfen. Alles, was diese bisher erreicht haben, haben sie nur ihrer gewerkschaftlichen Organisation zu verdanken. Als sie noch an die „Einsicht“ ihrer Arbeitgeber appellierten, gab es keine Sonntagsruhe, keine frühere Geschäftssperre, keinen Urlaub, keine geregelte Kündigungsfrist; alle Bitten und Vorstellungen wurden mit dem Einwand abgetan, daß die Geschäfte unfehlbar zugrunde gehen müßten, wenn das eingeführt werde. Und erst, als die „Hetzer und Wühler“ die Oberhand erhielten und die Handlungsgehilfenorganisation eine Macht wurde, die imstande war, die Forderungen auch gegen den Widerstand der Geschäftsinhaber durchzusetzen, ging es auf einmal mit Sonntagsruhe und früherer Geschäftssperre, ohne daß die Geschäfte darob „zugrunde“ gerichtet wurden. So ist es bei allen anderen Berufen auch.

Die „Einsicht“ der Arbeitgeber geht eben im allgemeinen nur so weit, als die Macht der Arbeitnehmerorganisation reicht. Und daß wir Gärtner heute gegenüber anderen Berufen so weit zurück sind, hat seine Ursache darin, daß der weitaus größte Teil unserer Berufskollegen heute noch glaubt, unserem Stande könne nur von „oben“ geholfen werden.

Hebung der Fachbildung einerseits, gutes Einvernehmen mit „maßgebenden“ Persönlichkeiten andererseits, sind in den Augen der Harmonieprediger die Mittel, womit der Gärtnerstand zu heben ist. „Bravsein“ und Vermeiden jeder „Hetzerlei“ sind selbstverständlich die ersten Voraussetzungen dazu.

Wie ist nun eine Hebung der Fachbildung möglich?

Da muß man wohl vom Grunde anfangen, nämlich bei den Lehrlingen. Es ist eine Tatsache, die wohl niemand leugnen wird, daß in den meisten Fällen die Lehrlinge nur wegen der billigen Arbeitskraft gehalten werden, sie sind weiter nichts wie Handlanger, Laufburschen und Dienstboten; das aber nicht etwa nur bei kleinen Handelsgärtnern, denen es schwer ankommt, Hilfsarbeiter zu bezahlen, sondern auch bei manchen großen Herrschaften, wo der Gutsgärtner auf die Nebeneinnahme aus den Lehrgeldern angewiesen ist und die Herrschaften so einen doppelten Nutzen aus der Lehrlingszucht ziehen: erstens haben sie einen billigen Gärtner, und zweitens ersparen sie einen oder mehrere Gartenarbeiter. Soll die Hebung der Fachbildung hier ansetzen, so müßte vor allem anderen in einer ganzen Reihe von Gärtnereien das Halten von Lehrlingen überhaupt verboten werden; in solchen Betrieben nämlich, die nach ihrer ganzen Einrichtung gar nicht die Möglichkeit bieten, Lehrlinge auszubilden oder deren Leiter die fachliche und pädagogische Eignung hierzu nicht besitzt. **Weit nützlicher als Lehrlingsprüfungen nach beendeter Lehrzeit wären Lehrherrenprüfungen vor der Aufnahme eines Lehrlings.**

Lehrlingsschulen und Gehilfenkurse wären die weiteren Mittel zur Hebung der Fachbildung. — Man versuche aber doch einmal, diese allernotwendigsten Maßregeln zur Hebung der Fachbildung praktisch durchzuführen ohne bei den Arbeitgebern anzustoßen. Man mude den Lehrlingszucht allen Grade und Schattierungen doch einmal zu, ihre Lehrlinge wirklich nur mit solchen Arbeiten zu beschäftigen, bei denen sie etwas lernen können und ihnen die notwendige Zeit zum Besuch der Lehrlingsschulen freizugeben, oder überhaupt keine Lehrlinge zu halten — und man wird sich aus leicht begreiflichen Gründen, deren unversöhnliche Feindschaft zuziehen.

Was von den Lehrlingen gilt, gilt nicht minder von den Gehilfen: nur die wenigsten Arbeitgeber werden sich freiwillig dazu verstehen, ihren Gehilfen die Zeit zum Besuch einer Gartenbauschule freizugeben. — Wir sehen also, daß die Hebung der Fachbildung erst dann möglich sein wird, wenn eine Macht da ist, den Widerstand der Arbeitgeber zu brechen. Aber eine Hebung der allgemeinen und der fachlichen Bildung unserer Berufsangehörigen ist dringend notwendig, **denn jeder Kampf gegen die Schmutzkonzurrenz der „ungelehrten“ Pflücker muß erfolglos bleiben, solange die „gelernten“ Pflücker die Stellen verderben und das Ansehen unseres Standes untergraben.**

Aus all dem Vorgesagten ergibt sich aber, daß auch in unserem Berufe die wirtschaftliche Lage und das gesellschaftliche Ansehen der Arbeitnehmer nur durch eine Kampforganisation gehoben werden können.

Alle bisher bestehenden oder noch bestehenden Gärtnervereinigungen, mögen sie nun „Gartenbauverein“, „Allgemeiner Österreichischer Gärtnerverband“, oder „Österreichischer Privatgärtnerverband“ heißen, konnten und können nichts leisten, weil sie nach „oben“ nicht anstoßen und bei den „Herrschaften“ sowie bei den „Kollegen Handelsgärtnern“ Liebkund sein wollen. Und so wenig bei diesen Vereinigungen von einem planmäßigen und zielbewußten Vorgehen auch zu bemerken war oder ist, so halten sie doch an einem Grundsatz unverbrüchlich fest, an dem Grundsatz nämlich: „Wasch mir den Pelz, aber mach ihn nicht naß.“ Die Befolgung dieses schönen Grundsatzes mag ja für einzelne „Führer“ überaus nützlich sein, denn ihre wirtschaftlichen Interessen sind eben andere, als die der „Geführten“.

Stets ging das Bestreben in den vorerwähnten Vereinigungen dahin, an die Spitze nur „bessere“ Herren zu stellen, um das Ansehen unseres Standes nach außen zu heben und das Standesbewußtsein der Kollegen zu stärken, außerdem aber auch durch den Einfluß dieser Herren bei den „Herrschaften“ und bei den Behörden unsere berechtigten Forderungen durchzusetzen. Es erübrigt sich wohl, erst nachzuweisen, daß weder bei den „Herrschaften“, noch bei den Behörden bisher etwas erreicht wurde, — von den Handelsgärtnern gar nicht zu reden; aber vielleicht wurde dadurch das Standesbewußtsein unserer Kollegen oder das Ansehen unseres Standes gehoben?

Wie sieht nun aber das „Standesbewußtsein“ aus, das in diesen Vereinigungen großgezogen wird? Es ist nichts anderes, als lächerliche Überhebung über den vermeintlich Tieferstehenden und Kriecherei vor dem „Höhergestellten“. — Der „standesbewußte“ Gärtner verachtet den „Arbeiter“, und fühlt sich ungeheuer gehoben, wenn irgend ein Garteninspektor oder -Direktor oder ein „Gartenfreund“ ihm herablassend die Hand reicht. Daß er meistens ebensolche Arbeiten verrichten muß, wie der von ihm verachtete „Arbeiter“, nur mit dem Unterschiede, daß er länger arbeiten muß und häufig genug auch billiger als jener, stört ihn dabei durchaus nicht; er hilft sich dann eben dadurch, daß er sich in den Sack lügt und auch sonst aufschneidet, was das Zeug hält, um sich ein „Ansehen“ zu geben. — Aber Lügen haben leider kurze Beine, und der „standesbewußte“ Gärtner erwirbt sich auf diese Art lediglich das „Ansehen“ eines aufgeblasenen Hungerleidens.

Es ist also eine sehr sonderbare Art von Standesbewußtsein, die sich durch den Verkehr mit „Höhergestellten“ entwickelt, und

nicht weniger sonderbar sind die sonstigen „Erfolge“ dieser Vereinigungen. — Die Ursache dieser Erscheinung liegt eben darin, daß die Herren Gartendirektoren, -Inspektoren usw. gar nicht ernstlich für die Interessen der weniger gut gestellten Kollegen eintreten können. Denn die Arbeitgeber, seien sie nun Villen- oder Gutsbesitzer oder Handelsgärtner, fragen sehr wenig danach, ob der Gärtner oder Gehilfe mit seinem Lohn menschenwürdig leben kann, sie zahlen einfach nicht mehr, weil sie eben auch für diese Löhne Leute genug bekommen. Würde nun so ein Herr, der selbst in gut bezahlter und sicherer Stellung ist, sich ernstlich für höhere Löhne einsetzen, so würde er sehr bald als „Hetzer“ gelten, nämlich als ein Mensch, der gegen das Interesse seiner „Brotgeber“ handelt. Andererseits aber haben die Herren in den guten Stellungen einer Organisation für sich nichts zu erwarten, — die Tätigkeit in einer Organisation, die ernstlich Arbeitnehmerinteressen vertritt, könnte ihnen nur Schaden bringen.

Daher sehen wir bei allen Vereinigungen, die von den erwähnten „einflußreichen“ Herren geleitet werden, die gleiche Erscheinung: es wird nur eine Scheintätigkeit entfaltet, den Mitgliedern wird Sand in die Augen gestreut.

Wollen wir daher die wirtschaftliche Lage der großen Masse unserer Berufskollegen wirklich heben, so müssen wir vor allen Dingen auf die Mitwirkung der Herren Gartendirektoren, Inspektoren, Hofgartenverwalter usw. verzichten.

Verzichten müssen wir aber auch auf alle „Wohltaten“ der Arbeitgeber, denn für die paar Kronen, die diese der Organisation zu was immer für einen Zweck zukommen lassen, verkauft die Organisation ihre Aktionsfähigkeit, verkauft sie das Selbstvertrauen ihrer Mitglieder.

Wir müssen selbst so viel Opferwilligkeit und Gemeinsinn aufbringen, um unsere Organisation auch ohne die Beiträge der Arbeitgeber leistungsfähig zu machen, um durch die Organisation höhere Löhne zu erzielen; auf diese Art kommen uns die Beiträge, die wir für die Organisation leisten, mit Zinsen wieder herein — aus den Taschen der Arbeitgeber.

Steht einmal eine genügende Anzahl von Kollegen in der Organisation, dann sind wir stark genug, unsere Lage zu verbessern, auch ohne die Mithilfe der Herren in oben erwähnten sicheren Stellungen und mit den schönen Titeln; wenn es sein muß, auch gegen deren Widerstand.

Wir müssen unsere Ware, das ist unsere Arbeitskraft und Leistungsfähigkeit, nicht nur durch bessere Fachbildung in der Qualität verbessern, sondern wir müssen auch ein Kartell schließen, um den Preis unserer Ware emporzutreiben. **Denn die Hauptursache, daß unsere Ware (Arbeitskraft) heute so tief im Preise steht, ist die gegenseitige Preisunterbietung — die Schmutzkonzurrenz.** Wir ahmen mit unserer Kartellbildung nur das Beispiel sehr großer und angesehener Herren nach; der Bergwerksbesitzer, die das Eisenkartell und das Kohlenkartell, der Zuckerfabrikanten, die das Zuckerkartell gegründet haben und anderer „Stützen der Gesellschaft“. Wir befinden uns da durchaus in Gesellschaft „staatsertaltender“ Elemente und können anders aber unser Gewissen damit beruhigen, daß wir unsere Ware nur zahlungsfähigen Konsumenten verkaufen, was man von den Millionären, die die vorerwähnten Kartelle gebildet haben, nicht gerade behaupten kann.

Es ist nun allerdings richtig, daß wir, wenn wir den Preis unserer Ware hinaufreiben, wenn wir für unsere Arbeit mehr verlangen, uns damit zunächst das Mißfallen unserer Arbeitgeber zuziehen werden. Aber auch hier können wir uns ein Beispiel an den Kartell-Millionären nehmen. Diese Herren fragen nicht danach, was die Konsumenten sagen, sie diktieren einfach die Preise, weil sie die Macht dazu haben.

Und auch wir werden in aller Seelenruhe die abfällige Kritik der Konsumenten unserer Ware mit in Kauf nehmen können, sobald unsere Organisation eine Macht geworden ist. — **Diese Macht kann sie aber nur werden, wenn wir uns auf uns selbst besinnen, wenn wir alles Schleiern nach „oben“ unterlassen.** Besinnen müssen wir uns vor allem darauf, daß wir Anspruch auf ein menschenwürdiges Dasein und auf die Achtung unserer Mitmenschen durch unsere ehrliche Arbeit erworben haben und täglich neu erwerben.

Dann werden wir auch andere, ehrlich arbeitende Menschen nicht mehr geringschätzen und vor „Höherstehenden“ nicht mehr kriechen.

Dann erst, wenn an Stelle des Standesdünkels auch in unseren Kreisen wahres Selbstbewußtsein getreten sein wird, wird auch unser Beruf geachtet sein, wie wir es wünschen.

Aber nicht von oben herunter führt der Weg zu diesem Ziele, sondern von unten herauf!

F. W.

Rundschau

Wie Landarbeiterkinder sterben. In der Tagespresse lesen wir: Dieser Tage sind auf einem Dominium im schlesischen Kreise Waldenburg drei Arbeiterkinder verbrannt, während Vater und

Zuzug nach Hamburg ist wegen Ueberfüllung des Arbeitsmarktes streng fernzuhalten. :-: Zureisende erhalten keine Unterstützung.

Mutter auf dem Acker des Großgrundbesitzers arbeiteten. Das dritte Kind, das noch lebend aus den Flammen gerettet wurde, starb an den Wunden, weil im Dorf und in der nächsten Nachbarschaft kein Arzt aufzutreiben war. Jetzt wird aus dem schlesischen Kreise Hirschberg eine ähnliche Kindertragödie gemeldet. Ein Kreisblättchen aus dem Riesengebirge bringt folgende trockene Meldung aus Fischbach im Riesengebirge:

„Das anderthalbjährige Kind einer auf dem Dominium beschäftigten polnischen Arbeiterfamilie wurde, während sich die Eltern auf Arbeit befanden, in seinem Bettchen von Ratten angenagt und namentlich am Rücken schrecklich zugerichtet. Dieser Tage ist das arme Wesen den schweren Verletzungen erlegen.“

Keine Zeile weiter bringt das amtliche Kreisblättchen. Es gilt als selbstverständlich, daß die Arbeitermutter ihre hilflosen Kleinen ohne Rücksicht auf mögliche Gefahren ihrem Schicksal überlassen muß. Und wie erbärmlich müssen aber auch die Wohnungsverhältnisse auf dem Lande sein, wo die Kinder der Sachsengänger ein bequemer Raub der Ratten werden können.

Bekanntmachungen

In jeder Mitgliederversammlung vorlesen!

Allgemeiner Deutscher Gärtner-Verein

Hauptverwaltung: Berlin S 42, Luisenufer 1 — Fernruf: Moritzplatz, 3725 — Vorsitzender: Jos. Busch. — Postcheckkonto: Nr. 10301, Albert Lehmann, Berlin.

Bei jedem schriftlichen Verkehr ersuchen wir um deutliche Angabe der Adresse des Absenders (Name, Ort, Straße und Hausnummer).

Diese Woche ist der 25. Wochenbeitrag fällig.

Hauptverwaltung

Quittung der Hauptkasse

für die Zeit vom 2. Juni bis 8. Juni.

Teilzahlungen für das II. Vierteljahr: Bielefeld 30, Flensburg 50, Wiesbaden 50, Frankfurt 100, Stuttgart 60, Stettin 100, Köln 100, Nürnberg 25, Düsseldorf 300 Mk. — In der Nr. 22 waren irrtümlich für Solingen nur 20 Mk. quittiert, während es heißen muß: 100 Mk. — Alb. Lehmann.

Wanderbibliotheken sind noch einige von der Hauptverwaltung zu haben.

Hamburger Gärtnertag!

Am Sonntag, den 5. Juli, findet in Hamburg ein Gärtnertag des Gaues Hamburg statt. — Als Programm ist vorgesehen:

Sonntag, den 5. Juli, morgens, Begrüßung der auswärtigen Kollegen im Gewerkschaftshaus. Von 10 Uhr vormittags bis etwa 4 Uhr nachmittags: Besichtigung der Altonaer Gartenbauausstellung. — Mittagessen im Gewerkschaftshaus. — Von 5 bis 7½ Uhr: Besichtigung des Elbtunnels und Hafens-Rundfahrt. — Abends 8 Uhr: Im Musiksaal des Gewerkschaftshauses: Gemeinsame Versammlung und Kommers. Festrede: Koll. Walter Kwasnik-Berlin; Konzert, Überraschungen und Tanzkränzchen.

Montag, den 6. Juli, morgens, Besichtigung der Stadt, Alster, Rathaus, Börse usw.; mittags: Hagenbecks Tierpark in Stellingen, Ohlsdorfer Friedhof.

Für diejenigen Kollegen, die nur am 5. Juli hier sein können, sind Führer für Hagenbeck oder Ohlsdorfer Friedhof vorhanden.

Kollegen, die Logis für sich eventl. auch für ihre Frau wünschen, mögen dies bis spätestens den 17. Juni an den Kollegen Klus, Hamburg I, Besenbinderhof 57, III, Z. 26, mitteilen, unter gleichzeitiger Angabe, in welcher Preislage Zimmer gewünscht wird.

Desgleichen bitten wir dringend, uns möglichst bis zu diesem Zeitpunkt mitzuteilen, wieviel Kollegen und welche am 5. Juli nach hier kommen.

Die Altonaer Gartenbauausstellung ist außerordentlich sehenswert. Jeder Kollege, der die Mittel hierzu erübrigen kann, sollte die Gelegenheit benutzen, sein fachliches Wissen zu bereichern.

Die Hamburger Kollegen werden nach Möglichkeit bemüht sein, den auswärtigen Kollegen das Hiersein so angenehm wie möglich zu gestalten.

Wir hoffen recht viele unserer Kollegen aus unseren Zweigvereinen und den benachbarten Gauen hier als Gäste begrüßen zu können.

Die Gauleitung
und der Vorstand der Ortsverwaltung Hamburg.

NB. Anschließend geben wir den Kollegen eine Übersicht über die Züge und deren Abfahrt, welche die Kollegen nach Hamburg benützen können. — Das Gewerkschaftshaus befindet sich in unmittelbarer Nähe des Hauptbahnhofes.

Es können die Kollegen am 5. Juli nach Hamburg fahren:

Von Flensburg	ab 4 ⁴⁵	Hamburg an 9 ⁴²	Fahrpr. einf. IV. Kl.	3,60 M.
„ Rendsburg	ab 6 ⁰⁴	„ an 9 ⁴²	„ „ IV. Kl.	2,40 M.
„ Rostock	ab 3 ⁰³	„ an 6 ⁴⁵	„ „ III. Kl.	7,85 M.
„ Rostock	ab 6 ⁵⁶	„ an 9 ⁵¹	„ „ III. Kl.	7,85 M.
„ Lübeck	ab 7 ³¹	„ an 9 ⁰³	„ „ IV. Kl.	1,60 M.
„ Kiel	ab 4 ³⁶	„ an 8 ⁰⁹	„ „ IV. Kl.	2,20 M.
„ Wilhelmshav.	ab 6 ⁰⁰	„ an 9 ⁵¹	„ „ III. Kl.	7,30 M.
„ Bremen	ab 6 ³⁸	„ an 9 ⁴³	„ „ IV. Kl.	2,40 M.
„ Geestemünde	ab 5 ²⁵	„ an 9 ⁴³	„ „ IV. Kl.	2,50 M.
„ Hannover	ab 12 ⁴¹	„ an 5 ⁴²	„ „ IV. Kl.	3,70 M.
„ Celle	ab 1 ⁴⁸	„ an 5 ⁴²	„ „ IV. Kl.	2,80 M.
„ Braunschw.	ab 10 ⁴⁰	„ an 5 ³²	„ „ IV. Kl.	4,70 M.
„ Braunschw.	ab 1 ¹⁸	„ an 6 ⁰⁸	„ „ III. Kl.	7,70 M.

Bei den Abfahrtszeiten Flensburg, Rostock 3⁰³, Geestemünde, Hannover, Celle und Braunschweig kommt die Zeit von abends 6 bis morgens 6 Uhr in Betracht.

Die Berliner Kollegen fahren am Sonnabend, den 4. Juli, 12 Uhr nachts ab Lehrter Bahnhof nach Hamburg. Ankunft in Hamburg 5²⁹. Fahrpreis IV. Kl. 5,80 M. Kollegen, die an der Fahrt teilnehmen, wollen dies baldmöglichst der Ortsverwaltung Groß-Berlin mitteilen.

Gaue und Ortsverwaltungen

Duisburg. Kassierer ist jetzt Kollege Paul Zinke. Duisburg-Meiderich, Unter den Ulmen 137, I. Alle Sendungen sind nach dort zu richten.

Hagen i. W. Auf vielseitige Anregung beteiligen wir uns an dem Besuch der Werkbundausstellung in Köln, am Sonntag, den 21. Juni. Auswärtige Kollegen, die teilzunehmen gedenken, wollen das unverzüglich den Kassierern melden. Um Fahrpreisermäßigung von 50 % zu erhalten, beachte man das in Nr. 23 unter Köln Gesagte. Anmeldungen und Anfragen wolle man sofort an Kollegen W. Schäfer, Hagen, Althagener Friedhof, richten. Abfahrt erfolgt morgens und wird noch bekannt gegeben.

Hannover. In der Woche vom 14.—20. Juni findet eine Bücherkontrolle statt. Die Mitglieder wollen die Bücher und Karten bereit halten.

Heidelberg. Unterstützungen werden beim Kollegen K. Pfefferkorn, Plöck 5, III, ausgezahlt. Sprechzeit von ½7 bis ½8 Uhr abends. — Der Kollege, der bei der Zahlstelle Heidelberg um Arbeit nachgesucht hat, dessen Adresse aber verloren gegangen ist, wird um nochmalige Angabe seiner Adresse ersucht.

Remscheid. In der Zeit vom 6. bis 21. Juni findet Bücherkontrolle statt. Zu diesem Zwecke werden alle Mitgliedsbücher und -Karten eingezogen. Die Mitglieder werden ersucht, den Unterkassierern Bücher und Karten zu diesem Zwecke auszuhandigen.

Solingen. Das Mitglied Fritz Killian, Buchnummer 48 201, eingetr. am 19. 3. 10 in Solingen, ist laut § 8 Abs. 2 u. 4 aus unserm Verband ausgeschlossen worden.

— Wer kennt die Adressen der Kollegen Michael Burbach, Buchnummer 72 851, eingetr. am 4. 5. 14 in Düsseldorf, Wilhelm Felgentreu, Buchnummer 69 649, eingetr. am 21. 2. 14 in Düsseldorf? Auskunft an Paul Rieß, Solingen, Kaiserstr. 67, III.

— **Bücherkontrolle.** Vom 15. bis 23. Juni werden sämtliche Mitgliedsbücher und -Karten eingezogen. Wir ersuchen die Mitglieder, dieselben ohne Verzögerung sofort an ihre Unterkassierer abzugeben, da selbige vom Vorstand abgestempelt werden.

Verband der Gärtner Österreichs

Alle Sendungen sind zu richten: Wien IX/4, Nußdorferstraße 26-28.

Sprechstunden u. Stellennachweis im Verbandslokal (Eingang um die Ecke, Bindergasse 2): Jeden Dienstag, vormittags von 9 bis 12 Uhr, abends von 7 bis ½10 Uhr; jeden Freitag nur vormittags von 9 bis 12 Uhr; alle übrigen Wochentage, vormittags von 9 bis 12 Uhr, nachmittags von 2 bis 4 Uhr. Die Sprechstunde am Donnerstag Abend fällt von nun an weg.

Briefwechsel der Schriftleitung.

Um einen früheren Versand unserer Zeitung zu ermöglichen, mußten wir uns entschließen, für die Folge als letzten Tag für Annahme von Berichten schon den Montag festzusetzen. Dies gilt auch für alle Bekanntmachungen.

Wir bitten dringend, dies zu beachten.